

K-3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1025 **3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück**

1026 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar ist, niemand
1027 darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere Menschen, prekär
1028 Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut, Verdrängung und
1029 Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und
1030 Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden.
1031 Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

1032 **Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert**

1033 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneilt,
1034 auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist
1035 keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des
1036 Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis schließen – von
1037 den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu
1038 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl
1039 verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße
1040 gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
1041 Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
1042 genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen,
1043 wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen
1044 das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für
1045 Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietemarktes zu
1046 machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der Mietendeckel
1047 darf 2025 nicht ersatzlos enden.

1048 **Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören**

1049 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
1050 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
1051 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
1052 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
1053 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
1054 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
1055 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
1056 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
1057 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
1058 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
1059 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
1060 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
1061 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
1062 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
1063 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
1064 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
1065 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in

1066 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
1067 Unterstützung leisten.

1068 **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge**

1069 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
1070 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
1071 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
1072 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
1073 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
1074 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
1075 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
1076 zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser investiert. Wir
1077 wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig
1078 auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei
1079 den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir eine besser
1080 vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das
1081 Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

1082 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
1083 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
1084 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der
1085 Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit
1086 unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die
1087 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns
1088 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

1089 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
1090 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte zu
1091 schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient*innen ihren Dienst tun. Darum haben wir
1092 gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an
1093 Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde
1094 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen Personalschlüsseln die
1095 Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und
1096 Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu
1097 ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
1098 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

1099 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie der
1100 grünen Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
1101 Versorgung herzustellen.

1102 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt*innen verändert, so
1103 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
1104 bundesweit umsetzen.

1105 **Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

1106 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft bleiben. Am
1107 besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für Menschen mit
1108 Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt barrierefrei
1109 ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir
1110 uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine
1111 barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in
1112 Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,

1113 gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des
1114 ersten Arbeitsmarktes zu werden.

1115 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
1116 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
1117 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Berlin
1118 gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen wir daher das
1119 Berliner Behindertenparlament.

1120 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

1121 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik eingeläutet, um
1122 der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
1123 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mit unserem
1124 „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin
1125 in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die landeseigenen
1126 Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und Hausprojekte
1127 sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das
1128 Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
1129 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn sie sich
1130 sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

1131 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl ausgerichtet,
1132 gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu stabilen
1133 Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf,
1134 dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren
1135 streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin.
1136 Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40
1137 Prozent des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende
1138 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verwirklichen
1139 soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

1140 **Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch**

1141 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz hat.
1142 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
1143 landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
1144 Besitzer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in Berlin jährlich
1145 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die Hälfte
1146 sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden werden, weil das
1147 weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir einen
1148 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
1149 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten ermöglicht. Wir
1150 wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe
1151 Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO₂-neutrale errichtete Wohnungen
1152 fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen und weiter
1153 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

1154 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Mit ökologischen
1155 Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton, wollen
1156 wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei
1157 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
1158 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System
1159 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
1160 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir

1161 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
1162 Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien
1163 und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch niedrige
1164 Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die öffentliche Hand
1165 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
1166 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

1167 Wir wollen Eigentümer*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine
1168 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser vorzulegen.
1169 Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die
1170 Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und des
1171 ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

1172 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
1173 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
1174 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
1175 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens 50 Prozent
1176 der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen wir auch
1177 alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische und
1178 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

1179 **Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern**

1180 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
1181 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
1182 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
1183 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung
1184 eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des Mietendeckels
1185 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen, haben wir ein
1186 Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

1187 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf Bundesebene
1188 eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter*innen nicht mehr als 30 Prozent
1189 ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen, werden wir
1190 auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den
1191 Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten
1192 nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für ein
1193 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
1194 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise nicht durch die
1195 Decke gehen.

1196 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die Gemeinwohlorientierung.
1197 Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den
1198 städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der öffentliche
1199 Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die Miete zahlen
1200 können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-
1201 Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz und
1202 Gemeinwohl.

1203 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen. Höherer
1204 Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen wollen wir mit
1205 einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer sinnvoll und
1206 durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv ausgestalten. Sie
1207 soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen Wohneinheiten und
1208 niedriger als heute für Einzelkäufe.

1209 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
1210 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch
1211 die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen
1212 konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf Neubauinvestitionen zu
1213 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit wir, analog
1214 zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

1215 **Die Stadt zurückerwerben**

1216 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen,
1217 streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50 Prozent
1218 gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die nicht auf
1219 puren Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel Genossenschaften,
1220 Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie die
1221 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

1222 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der Mottenkiste
1223 geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer*innen mit Abwendungsvereinbarungen
1224 dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der fraglichen
1225 Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer deutlichen
1226 Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der betroffenen
1227 Mieter*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder
1228 Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung schließen.
1229 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
1230 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
1231 Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietenspiegel und einen fairen
1232 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
1233 einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig
1234 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen
1235 sind.

1236 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
1237 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
1238 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
1239 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
1240 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

1241 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
1242 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
1243 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
1244 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
1245 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen
1246 Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht,
1247 müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative
1248 Obergrenzen sehen wir kritisch.

1249 **Aktive, transparente und faire Bodenpolitik**

1250 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
1251 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
1252 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
1253 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
1254 Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr
1255 privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

1256 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
 1257 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
 1258 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer
 1259 genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
 1260 gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken.
 1261 Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
 1262 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
 1263 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
 1264 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den Verkehrswert zu
 1265 ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

1266 **3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven** 1267 **schaffen**

1268 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
 1269 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
 1270 gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder Menschen
 1271 mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit
 1272 garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines
 1273 grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen
 1274 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-
 1275 IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

1276 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
 1277 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
 1278 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird.
 1279 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
 1280 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
 1281 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
 1282 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

1283 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**

1284 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
 1285 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
 1286 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell benachteiligt sind.

1287 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
 1288 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
 1289 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
 1290 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
 1291 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
 1292 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
 1293 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

1294 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
 1295 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
 1296 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
 1297 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
 1298 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
 1299 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
 1300 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
 1301 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
 1302 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
 1303 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die

1304 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
 1305 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
 1306 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
 1307 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1308 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in
 1309 den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt.
 1310 Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort
 1311 sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit
 1312 zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
 1313 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
 1314 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
 1315 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
 1316 unbürokratisch beraten können.

1317 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
 1318 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
 1319 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
 1320 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
 1321 wiederholen wollen.

1322 **Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren**

1323 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
 1324 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
 1325 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
 1326 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
 1327 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen müssen vor Ort
 1328 ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür
 1329 müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze
 1330 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall
 1331 gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war
 1332 ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln
 1333 haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der
 1334 Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der
 1335 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar,
 1336 dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

1337 **Orientierung am Sozialraum der Menschen**

1338 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen organisieren
 1339 – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene
 1340 „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der Verankerung im
 1341 Familienförderungsgesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In ganz Berlin
 1342 sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der Zusammenarbeit
 1343 erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien und
 1344 Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“,
 1345 Babylots*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter*innen in Jugendeinrichtungen, die
 1346 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den sogenannten „67er-
 1347 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten,
 1348 wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll die
 1349 Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität
 1350 und hohe Qualität zu verbinden.

1351 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

1352 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armut-, Sozial- und
 1353 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
 1354 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
 1355 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
 1356 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
 1357 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
 1358 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
 1359 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
 1360 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
 1361 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

1362 **Das Konzept „Housing First“ ausbauen**

1363 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
 1364 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
 1365 Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz „Housing First“
 1366 Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie
 1367 dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die
 1368 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten,
 1369 die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften
 1370 auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo
 1371 mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen
 1372 Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können,
 1373 wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von sozialer
 1374 und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders
 1375 verletzbare Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit
 1376 Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

1377 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine Ansprüche
 1378 auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse
 1379 abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral die
 1380 Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und
 1381 Ordnungsgesetzes unterbringt.

1382 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
 1383 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
 1384 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
 1385 deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit
 1386 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
 1387 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

1388 **Ein neues Landesamt für Unterbringung**

1389 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
 1390 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
 1391 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
 1392 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
 1393 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
 1394 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
 1395 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1396 **3.3 Gesundheit ganzheitlich denken**

1397 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht drastischer deutlich
 1398 werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in gute Strukturen
 1399 zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf

1400 nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren.
1401 Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles
1402 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und
1403 soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

1404 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
1405 Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt, Personal in den
1406 Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen.
1407 Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die
1408 Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und dafür
1409 gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern
1410 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus besser und
1411 gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale, saisonale und
1412 nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben erreicht, dass
1413 alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen
1414 Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können
1415 sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein
1416 behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur
1417 hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang einzigartige
1418 Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention
1419 (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu
1420 HIV/AIDS.

1421 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen**

1422 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
1423 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD kaputtgespart. In der
1424 Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Wir brauchen
1425 einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen
1426 ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der ÖGD soll
1427 die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher werden wir
1428 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen
1429 oder Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns dafür ein,
1430 dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern
1431 absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der*des Amtsärzt*in attraktiver machen und
1432 die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt*in für den
1433 öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden kann. Mit
1434 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Um
1435 vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die Vielfalt
1436 unserer Gesellschaft widerspiegelt.

1437 **Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren**

1438 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen und die Mitarbeiter*innen in
1439 den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung
1440 wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei
1441 ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch
1442 in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung
1443 steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen
1444 Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung muss
1445 attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in
1446 Teilzeit zu absolvieren.

1447 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
1448 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status

1449 quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der
1450 Gesundheitsversorgung voranzubringen.

1451 **Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen**

1452 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
1453 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine wesentliche
1454 Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel
1455 zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
1456 zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier
1457 arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez
1458 für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen
1459 disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der
1460 Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger
1461 Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und
1462 interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

1463 **Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken**

1464 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu
1465 verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht
1466 weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben,
1467 arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch Klimaschutz ist
1468 Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen
1469 wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben müssen.
1470 Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf
1471 die Gesundheit prüfen.

1472 **HIV/Aids besiegen**

1473 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
1474 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
1475 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
1476 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer
1477 Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent der
1478 Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein, damit eine Übertragung des HI-Virus nicht mehr
1479 möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu Versorgungsstrukturen
1480 weiter verbessern.

1481 **Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle**

1482 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
1483 Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl während der
1484 Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
1485 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
1486 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine selbstbestimmte und
1487 sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
1488 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
1489 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern. Zusätzlich
1490 haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen
1491 verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns
1492 dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es
1493 dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

1494 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
1495 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch
1496 gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

1497 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können.
1498 Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich
1499 sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

1500 **Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss**

1501 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
1502 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
1503 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
1504 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vorher eine
1505 gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung stattfindet. Deshalb
1506 wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für
1507 Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder
1508 zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer Sicht oft
1509 unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische
1510 Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die
1511 Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die von den
1512 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

1513 **Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote**

1514 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
1515 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
1516 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
1517 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
1518 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
1519 bewältigen.

1520 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
1521 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
1522 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
1523 Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor
1524 stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue
1525 Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und Begleitung stärken.
1526 Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
1527 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

1528 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
1529 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
1530 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

1531 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege 1532 stark**

1533 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
1534 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
1535 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
1536 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
1537 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
1538 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
1539 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns

1540 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
1541 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

1542 **Im Kiez verortet**

1543 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
1544 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
1545 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
1546 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
1547 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
1548 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
1549 Community hinaus zusammenbringen.

1550 **Vielfalt der Pflege- und Wohnformen**

1551 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an und wollen
1552 alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen
1553 abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte
1554 Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive
1555 Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und
1556 kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Besonders wichtig
1557 war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen
1558 Sozialraum.

1559 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
1560 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
1561 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
1562 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
1563 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
1564 Pflegeeinrichtungen.

1565 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
1566 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
1567 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
1568 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
1569 Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner*innen abbilden
1570 muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer
1571 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf
1572 Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und
1573 Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen
1574 Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg
1575 wollen wir weitergehen.

1576 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen**

1577 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das
1578 spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir
1579 ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits
1580 Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die
1581 Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine Pflegekammer,
1582 wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir
1583 ausdrücklich.

1584 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
1585 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
1586 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von Pflegekammern und

1587 regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen und die
 1588 Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum*zur Altenpfleger*in. Im Ausland erworbene
 1589 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU
 1590 erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die
 1591 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer
 1592 eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf
 1593 – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

1594 **Pflegende Angehörige besserstellen**

1595 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
 1596 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
 1597 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
 1598 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
 1599 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
 1600 soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
 1601 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
 1602 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1603 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit** 1604 **Behinderung**

1605 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der
 1606 alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung
 1607 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In Berlin leben
 1608 rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das ist fast jede
 1609 zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr
 1610 Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf
 1611 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es zentral,
 1612 dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1613 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
 1614 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
 1615 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
 1616 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
 1617 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
 1618 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
 1619 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
 1620 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
 1621 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
 1622 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

1623 **„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung**

1624 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
 1625 vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“ gegründet
 1626 sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um die Beratung
 1627 so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der
 1628 Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln
 1629 und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die
 1630 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen. Bei der
 1631 Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das
 1632 „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
 1633 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
 1634 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-

1635 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
1636 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

1637 **Für Inklusion in allen Lebensbereichen**

1638 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
1639 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln, dass sie nicht
1640 zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen.
1641 Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf
1642 Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen
1643 aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern,
1644 werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker
1645 fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

1646 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
1647 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
1648 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im
1649 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
1650 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
1651 zu einer Bedingung machen.

1652 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
1653 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
1654 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
1655 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
1656 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
1657 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1658 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich
1659 gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach wollen wir
1660 unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen. Die
1661 Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur individuellen
1662 Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

1663 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
1664 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
1665 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

1666 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
1667 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
1668 wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen. Das gilt
1669 zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der Neukonzeption
1670 von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend
1671 mitgedacht werden.

1672 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
1673 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1674 **3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 1675 Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

1676 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational geführt wie die
1677 um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen,
1678 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
1679 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen unkompliziert Hilfe
1680 zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1681 **Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden**

1682 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
 1683 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
 1684 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
 1685 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale
 1686 Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument*innen Cannabis. Tatsächlich ist die
 1687 Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der
 1688 anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich getroffen
 1689 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt willkürlicher
 1690 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein wichtiger
 1691 Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie
 1692 Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in
 1693 kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
 1694 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1695 **In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene**

1696 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
 1697 Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem Pilot-
 1698 Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der Menschen vor
 1699 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den Bezirken
 1700 geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
 1701 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
 1702 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
 1703 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene. Gemeinsam
 1704 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem „Cannabiskontrollgesetz“
 1705 ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter vorantreiben
 1706 werden.

1707 **Aufklärung und Prävention ausbauen**

1708 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, zielorientierten
 1709 Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen.
 1710 Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der
 1711 Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht nur
 1712 substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention
 1713 vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder Computerspiele, weiter
 1714 ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen
 1715 Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im Detail prüfen.
 1716 Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
 1717 schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
 1718 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucherkneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
 1719 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1720 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
 1721 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
 1722 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
 1723 Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
 1724 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
 1725 Spielplätzen nichts verloren.

1726 **Beratung und Selbsthilfe stärken**

1727 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Unser
 1728 Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit einer

1729 stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die drogenabhängig und
 1730 dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine
 1731 schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten
 1732 Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung
 1733 und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-Checking-
 1734 Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und
 1735 Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei für uns,
 1736 dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution und die
 1737 Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-
 1738 psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

1739 **Schwarzmarkt austrocknen**

1740 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu legalisieren.
 1741 Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an unserem Ziel
 1742 eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht verfolgbare
 1743 geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für andere illegale
 1744 psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei
 1745 bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von massiven
 1746 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner*innen wollen wir dazu verhelfen, wieder
 1747 mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich
 1748 für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den
 1749 internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

1750 **Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik**

1751 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum einem
 1752 anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der Lage der Welt
 1753 so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten wir daran, den
 1754 internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die Kriminalisierung
 1755 von Konsument*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung
 1756 und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf
 1757 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1758 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt 1759 des Sportes**

1760 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude. Wir wollen
 1761 allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob
 1762 organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle
 1763 Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und
 1764 Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park,
 1765 eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem
 1766 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport
 1767 verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen
 1768 Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen wir
 1769 ausbauen.

1770 **Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine**

1771 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen vielfältige
 1772 Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie unterstützen das
 1773 Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne zahllose
 1774 Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer*innen oder Vereinsvorstände engagieren.
 1775 Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von

1776 Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer*innen
1777 und Übungsleiter*innen verbessert.

1778 **Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen**

1779 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1780 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1781 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1782 wir das Sportfördergesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen, dass die
1783 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Der neu
1784 gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-
1785 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von
1786 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-
1787 Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in einer
1788 Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte für alle
1789 Menschen entstehen kann.

1790 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1791 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1792 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1793 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1794 kommenden Jahren weiterführen.

1795 **Sportanlagen inklusiv und ökologisch**

1796 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1797 schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1798 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1799 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1800 ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen
1801 Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der Sportanlagennutzungsverordnung
1802 auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1803 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1804 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1805 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1806 Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine älter
1807 werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten, damit in
1808 jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

1809 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1810 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1811 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1812 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1813 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1814 **Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die** 1815 **Gesundheit**

1816 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1817 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss Schwimmunterricht Teil
1818 des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe ausweiten,
1819 damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung
1820 der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit
1821 anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können, um
1822 die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1823 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
 1824 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
 1825 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir
 1826 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
 1827 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
 1828 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
 1829 sind.

1830 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
 1831 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
 1832 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
 1833 sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch
 1834 in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1835 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1836 **1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware**

1837 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
 1838 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
 1839 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
 1840 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen
 1841 wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit
 1842 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
 1843 Kooperationsvereinbarung abschließen.

1844 **2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden**

1845 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
 1846 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
 1847 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
 1848 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
 1849 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
 1850 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
 1851 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
 1852 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
 1853 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1854 **3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause**

1855 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
 1856 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
 1857 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
 1858 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
 1859 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
 1860 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
 1861 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1862 **4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern**

1863 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
 1864 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
 1865 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
 1866 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
 1867 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
 1868 dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
 1869 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Dazu

1870 zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den
1871 Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die
1872 Akademisierung der Pflegeausbildung.

1873 **5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen**

1874 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen faire
1875 Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt eine
1876 angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass Ärzt*innen
1877 im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden. Zusätzlich könnten
1878 Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.